

Politik will kein Bordell in leer werdenden Kleingärten

Kolonie Friedenau weicht im November 2020 einem Gewerbegebiet / Bezirksrat wehrt sich gegen Vergnügungsstätten und Kfz-Betriebe

Von Bärbel Hilbig

Hainholz. Die 18 Kleingärtner der Kolonie Friedenau an der Schulenburg-Landstraße müssen einem kleinen Gewerbegebiet weichen. So hat es der Rat der Stadt Hannover im August beschlossen. Der Bezirksrat Nord hatte lange dagegen opponiert und wollte die grünen Gärten erhalten. Nun will der Bezirksrat zumindest sicherstellen, dass sich auf dem Gelände kein unerwünschtes Gewerbe ansiedelt, wenn die Kleingärtner ihre Parzellen verlassen haben.

Offiziell noch kein Interessent

Denn bisher hat die Stadt offiziell keinen Interessenten für das Grundstück, will das Areal aber zur Hälfte für Wegebau, zur Hälfte für Gewerbeansiedlungen nutzen. Es soll aber einen Unternehmer geben, der auf dem Grundstück einen ökologischen Gewerbepark einrichten will.

Die Politiker vom Bezirksrat Nord wollen mit ihrem Vorstoß daher nun unter anderem weitere Kfz-Betriebe verhindern, von denen es bereits etliche in der Gegend gibt. Zunächst hatte die CDU-Fraktion die Initiative ergriffen, dann arbeiteten die Fraktionen einen gemeinsamen An-

trag aus, den sie nun auch einstimmig verabschiedet haben.

Spielhallen sind unerwünscht

„Wir wollen, dass es geordnet abläuft und kein wildes Gewerbe entsteht“, erläuterte Thomas Grote (Piraten) den Vorstoß der Fraktionen. Die Liste der Nutzungen, die der Bezirksrat ausschließen will, ist lang und reicht von sogenannten Vergnügungsstätten wie Spielhallen, Wettbüros und Bordellen über

Tankstellen und Lagerplätze bis zu kirchlichen sowie anderen religiösen Bauten.

Die Politiker wenden sich auch gegen ein „aggressives Ausleuchten“ von Firmengeländen, Werbe-Pylone oder den Verkauf von Waren an Endkunden. Ebenfalls unerwünscht sind Wohnungen für Mitarbeiter oder Inhaber von Gewerbebetrieben. Auch Einfriedungen aus „standortfremden“ Bäumen und Hecken sollen nach Auffassung des Bezirksrats nicht angepflanzt werden.

Regeln sollen in den Kaufvertrag

Damit zukünftige Grundstückseigentümer sich an die Vorgaben halten, soll die Stadt sie im Kaufvertrag sowie im Grundbuch verankern. So soll sichergestellt werden, dass bei einem Weiterverkauf auch spätere Eigentümer an die Regelung gebunden sind.

Im aktuellen Bebauungsplan ist das Areal bereits als Gewerbefläche ausgewiesen, die Stadtverwaltung will es zeitnah vermarkten. Den betroffenen Kleingärtnern hat die Stadt zum 30. November 2020 gekündigt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müssen sie ihre Parzellen verlassen haben.

”

Wir wollen kein wildes Gewerbe.

Thomas Grote,
Bezirksratsherr